

**Jenseits der Theorie:**  
**Die Praxis**  
**des Aufbaus des Sozialismus**  
**in Lateinamerika**

Von Toni Solo und Jorge Capelán



Veröffentlicht im nicaraguanischen Nachrichtenportal  
„El 19 digital“

Übersetzung: Wolfgang Herrmann

Für die imperiale Propagandamaschinerie sind die linken Regierungen und Regierungschefs in Lateinamerika maßlose Linke, falsche Linke, fanatische Blinde, hinterlistige Machiavellisten (Niccolò Machiavelli: skrupelloser Machtpolitiker in der Republik Florenz), Kapitalisten in roten Kleidern, verschworene Feinde des freien Marktes und vieles andere mehr. Das ist so, weil das Ziel der Propaganda darin besteht, es ihrem Publikum unmöglich zu machen, die Wirklichkeit zu begreifen. Um den Argwohn, die Seelenangst und das Durcheinander bei jenen Schichten des Publikums zu schüren, die in den imperialistischen Ländern zum Widerstand gegen die Pläne ihrer Regierenden werden könnten, hoffen die Strategen des Krieges darauf, irgendwelche Anzeichen der Solidarität unter ihren Opfern zu neutralisieren.

Unglücklicherweise hat die Mehrheit der progressiven und radikalen Bewegungen und Intellektuellen in Europa und Nordamerika Probleme, diese Wahrheit zu akzeptieren, unabhängig von der Erfahrung, der Anerkennung oder des Verständnisses darüber, was das Imperium der Menschheit antut. Ohne direkt einbezogen zu sein, kann fast keiner der Intellektuellen und Bewegungen eine echte und gerechte Version zu den lateinamerikanischen revolutionären Prozessen anbieten. Man könnte mehr oder weniger plausible Theorien und Modelle heranziehen, aber immer wird ihnen das Fundamentale der praktischen Aufgabe fehlen, nämlich die Macht zu erobern und den radikalen Wechsel durchzuführen. Dafür gibt es viele Beispiele.

Es ist ein Fehler, sich völlig abhängig zu machen von den Analysen der Akademiker wie zum Beispiel von Noam Chomsky oder James Petras, um zu verstehen, was in Lateinamerika geschieht. Die Schemas dieser Autoren neigen dazu, vor den spezifischen Realitäten zusammenzubrechen. Es ist nicht notwendig, ein Anhänger des Anti-Stalinismus des englischen Historikers E. P. Thompson zu sein und in seine Sackgasse ohne sozialdemokratischen Ausgang zu geraten, um den Wert des zentralen Arguments seines Buches „Die Armut der Theorie“ zu erkennen. Der Artikel „Pink Tide in Latin America: An Alliance Between Local Capital and Socialism“ (Rosa Flut in Lateinamerika: Eine Allianz zwischen dem lokalen Kapital und dem Sozialismus) von Mahdi Darius Nazemroaya, veröffentlicht am 3. Mai 2013 von Global Research ist ein Beispiel dieses Problems.

Im letzten Abschnitt seines Artikels, wo eine Reihe von Überlegungen über die zukünftige Entwicklung der Ereignisse in der Region nach dem Tod von de Hugo Chávez dargelegt werden, schreibt der Autor:

„Man kann argumentieren, dass die laufende Politik (der Linken) in Lateinamerika mehr enthält als die wirtschaftliche und finanzielle Unabhängigkeit. Man muss darin ein sozialistisches Projekt sehen, welches das kapitalistische Weltsystem bedroht.“

Ohne mehr zu diesem Thema auszuführen: Der Text von Nazemroaya ist eine Übung des inkonsequenten und oberflächlichen Sezierens der radikalen und progressiven Regierungen der Region mit der Absicht, den antikapitalistischen Charakter des Integrationsprozesses, der zurzeit in Lateinamerika auf dem Weg ist, in Frage zu stellen. Weil die Analyse von Nazemroaya viele Vorurteile und Fehler verbreitet, die zweckdienlich für die imperiale Propagandakampagne gegen diesen Prozess und gegen diese Regierungen sind, sehen wir uns verpflichtet, darauf einzugehen.

Zuerst nehmen wir das zentrale Argument auseinander, das Nazemroaya voranstellt. Zweifellos gibt es einen (konfliktbehafteten) Zusammenhang zwischen (einigen) kapitalistischen Interessen, die der Sozialismus durch die aktuelle Bewegung hin zur lateinamerikanischen Einheit und Unabhängigkeit angreift. Es gibt eine enorme Geldmenge in den Händen der lateinamerikanischen Oligarchien, die unter den gegebenen Umständen in der Region investiert werden könnten. Sie liegt aber in den Depots irgendeiner Schweizer Bank oder in einem Steuerparadies. Einige Motoren des Prozesses hin zur lateinamerikanischen und karibischen Emanzipation erklären sich aus der Präsenz Chinas als wichtiger regionaler Darlehensgeber und Investor, aus der Anwesenheit europäischer und US-amerikanischer Wirtschaftsgesellschaften und aus den massiven Entwicklungsprojekten, die von den Regierungen in Gang gebracht wurden und die Nazemroaya mit dem despektierlichen Begriff „rosa Flut“ versieht.

Wer den antikapitalistischen Wert nicht versteht, eines Tages die Hegemonie des westlichen Imperialismus zu stürzen, der sollte sich damit beschäftigen, Sciencefiction-Novellen zu schreiben, anstatt den Kapitalismus zu bekämpfen. Es wäre außergewöhnlich, wenn ein Herausgeber von Global Research das nicht versteht. Zweifellos birgt das lateinamerikanische und karibische Projekt der Unabhängigkeit und Integration mehr in sich als nur den Ehrgeiz, eine multipolare Welt aufzubauen. In Lateinamerika ist es unmöglich, sich mit dem Aufbau sozialistischer und antikapitalistischer Alternativen zu beschäftigen, ohne gleichzeitig für die politische, wirtschaftliche und kulturelle Integration des Kontinents zu kämpfen.

„Ich hoffe sehr, dass irgendwer einmal sehen kann, wie sich in Amerika die größte Nation der Welt formiert, weniger wegen ihrer Ausdehnung und ihres Reichtums, sondern wegen ihrer Freiheit und ihres Ruhmes.“

Das ist das Vermächtnis von Bolívar, gleich dem von Martí, Sandino, Mariátegui, Gaitán, el Che, Fidel Castro und vielen anderen lateinamerikanischen und karibischen Revolutionären seit der Unabhängigkeit. Die kolonialen und imperialen Mächte mussten die Region in kleine Länder einteilen, um deren Ressourcen und Arbeitskräfte ausbeuten zu können. Das erfand nicht Hugo Chávez, das ist eine Lektion aus vielen Jahren hier in Lateinamerika.

Im Zentrum des Prozesses der Unabhängigkeit und Integration steht die Bolivarianische Allianz, ALBA, zu der acht Vollmitglieder mit einer Bevölkerung von mehr als 70 Millionen Menschen, also 15 Prozent der regionalen Bevölkerung gehören. Zu diesem Kern gesellt sich eine wachsende Anzahl von Ländern, die als eingeladene oder beobachtende Mitglieder teilnehmen. Die wirtschaftlichen Beziehungen von ALBA basieren nicht in den Gewinnen, sondern in der Solidarität und in der Ergänzungsfähigkeit zwischen ihren Mitgliedsländern. Sie ist auch keine Allianz der Zweckmäßigkeit. Sie ist mehr. Sie ist ein Projekt, das darauf gerichtet ist, eine höhere politische Einheit als den Kapitalismus zu erreichen. Sie basiert auch nicht in der Nächstenliebe Venezuelas, sondern im Ausnutzen der gemeinsamen Ressourcen der Region wie ein Sprungbrett, das seinen Mitgliedsländern ermöglicht, den Kapitalismus zurückzulassen.

Mittels ALBA und ihren Organisationen wie PETROCARIBE mit 18 Mitgliedsländern refinanziert venezolanisches Erdöl die sozialen und wirtschaftlichen Programme durch langfristige Darlehen mit niedrigen Zinsen in den Ländern, die kein Erdöl fördern. Das verbessert die Liquidität der öffentlichen Ausgaben dieser Länder im beträchtlichen Maße, indem Fonds für die Kreditpolitik fern von der Zwangsjacke der Privatbanken frei werden. Auf diese Weise kann ein vorrangig landwirtschaftliches Land wie Nicaragua seine Handelsbeziehungen und damit seine Wirtschaft vielseitiger gestalten und den Wert seiner Exportprodukte steigern.

Zwischen Venezuela, Kuba und weiteren ALBA-Ländern gibt es Austausch auf allen Leitungsebenen, um Erfahrungen auf sozialen, wirtschaftlichen, technologischen und kulturellen Gebieten zu vergleichen. Nicaraguanische Bauern fahren nach Venezuela, um ihre Genossenschaftserfahrungen vorzustellen und so zur Erhöhung der Nahrungsgüterproduktion in Venezuela beizutragen. Kubanisches Personal der verschiedenen Fachgebiete, vor allem aus dem Gesundheitswesen und der Bildung, spielen eine wichtige Rolle bei vielen Sozialprogrammen in verschiedenen Ländern. Wenn sie ihre Erfahrungen vermitteln, lernen sie gleichzeitig auch aus denen ihrer Kollegen.

Die ALBA-Länder haben begonnen, anstelle des US-Dollars ihre eigenen nationalen Währungen für den interregionalen Handel zu nutzen. Dafür entwarf man das Einheitliche Regionale Verrechnungssystem (SUCRE). Das SUCRE hat sich zusammen mit einer ganzen regionalen Finanzarchitektur entwickelt, einschließlich der ALBA-Bank, mit dem Ziel, die Region vor den Folgen des Kollapses des Kapitalismus in Europa und Nordamerika abzuschirmen. Mit allen diesen Beispielen erscheint es wenig realistisch, die antikapitalistische Dynamik von ALBA zu negieren. Noch unvernünftiger wäre es, den Einfluss zu negieren, den die Erfolge von ALBA auf die übrige Region ausüben.

ALBA wurde 2004 auf der Basis eines Vertrages zwischen Venezuela und Kuba gegründet. Im darauf folgenden Jahr 2005 begrub man auf dem Gipfel der Amerikas in Mar de Plata (Argentinien) die US-Initiative, ein Gebiet des Freien Marktes in Amerika, genannt ALCA, zu schaffen. Die Mehrheit der lateinamerikanischen Regierungen lehnte das Angebot des Präsidenten George W. Bush, „ihre Märkte zu öffnen“, ab. Ohne die gemeinsame Führung von Hugo Chavez, Evo Morales, Lula da Silva und des damaligen argentinischen Präsidenten Néstor Kirchner, wäre diese strategische Niederlage des Imperialismus in Lateinamerika nicht möglich gewesen.

Am 23. Februar 2010 gründeten 33 Länder der Region die Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAC). Zum ersten mal in der Geschichte entstand eine Organisation außerhalb der Kontrolle der Vereinigten Staaten und Kanadas. Ohne die Initiativrolle von Kuba, Venezuela, Ecuador, Bolivien und Nicaragua wäre die Organisation nicht so integrierend wie sie heute ist. Der Beitrag Venezuelas ist sehr lebendig, nicht nur wegen der strategischen Dimension der Bolivarianischen Revolution, sondern auch wegen der intelligenten Manöver gegenüber den reaktionärsten Kreisen der kolumbianischen Oligarchie, repräsentiert von Expräsident Álvaro Uribe.

Es ist klar, dass einige kapitalistische Interessen große Möglichkeiten in den Schwierigkeiten sehen, aber sie sind politisch nicht organisiert. Die lateinamerikanische Rechte ist von den sehr aggressiven, reaktionären, imperialismustreuen und kontinental vernetzten politischen Parteien dominiert. Eine vielleicht noch wichtigere Komponente sind die rechten Medien. Täglich organisiert dieses rechte Konstrukt konspirative Kampagnen der Desinformation und Aggression gegen fast alle Regierungen in Lateinamerika und der Karibik, speziell gegen diejenigen der fortschrittlichen und radikalen Tendenz. In seinem Artikel stellt Nazemroaya die antikapitalistische oder sozialistische Ausrichtung dieser Regierungen infrage. Gleichzeitig warnt er vor „übermäßiger Vereinfachung und romantischer Charakterisierung“. Nazemroaya bringt, obwohl er versucht zu erklären, was er unter der „Linken“ versteht, Konzepte durcheinander und nimmt den Fakten ihren Zusammenhang, um mit einer flexiblen Liste von mehr oder weniger schmeichelhaften Aspekten abzuschließen. Das erlaubt es ihm, ein negatives Abbild der Ereignisse in Lateinamerika zu zeichnen.

Beginnen wir mit den Konzepten. Nazemroaya definiert „links“ und „rechts“ korrekt als politische Positionen in einem gegebenen Zusammenhang. Aber dann geht er dazu über, die Vielfalt der Zusammenhänge zu verlassen, welche die regionale Wirklichkeit bilden, um sich so auf den Fakt einzustellen, als ob eine Überfülle der „Linken“ in Lateinamerika existiere. Nazemroaya behauptet, dass „die Regierungen der Linken in Lateinamerika nicht strikt wie eine Linke operieren“, um dann, übereinstimmend mit seiner Meinung, zu sagen, dass es eine „wahre Linke“ (eine Linke, die er ohne einen Zusammenhang als echt

definiert) und irgendeine „Linke, Typ: Imitation“ (die er frei von einem Zusammenhang als unaufrichtig definiert). Als Probe auf diese Behauptungen empfiehlt Nazemroaya, eine „Debatte darüber zu führen, ob das kubanische sozialistische Projekt wirklich reformiert wird oder ob eventuell eine Restauration des Kapitalismus wie in China und Vietnam folgen könnte.“

Man weiß nicht, wo eine Debatte dieses Typs existiert, vielleicht in irgendeinem Café in Toronto. Das ist aus zwei Gründen kein ernsthaftes Argument: Erstens, weil die bloße Existenz einer Debatte über den zukünftigen Kurs einer Revolution nicht die wahre Orientierung dieser Revolution beweist. Und zweitens, weil Nazemroaya seine Vorstellungen vom Sozialismus in China und Vietnam als Wahrheiten annimmt, ohne in mehr Details einzusteigen.

De facto stimmt es, dass es viele „Linke“ in Lateinamerika gibt. Es ist aber auch Tatsache, dass eine ausgedehnte kollektive Diskussion unter diesen Linken geführt wird. Ein Beispiel ist das Forum von Sao Paulo, das seit 1990 mehr als 90 politische Organisationen aus fast allen Ländern der Region, einschließlich Puerto Rico, versammelt. Die Mehrheit der Länder wird von verschiedenen politischen Parteien vertreten. Im Falle der Länder wie Argentinien und Uruguay, nehmen bis zu zwölf Organisationen teil. Es kommen die Sozialistische Partei Chiles, die Kommunistische Partei Kubas oder verschiedene peronistische Parteien Argentiniens bis hin zu den Nationalisten aus Peru. Vor mehr als 20 Jahren schaffte es diese Gruppe von Organisationen viele Debatten voranzubringen und erreichte Konsens bei Schlüsselthemen wie der Kampf gegen die lebensbedrohende Blockade der USA gegen Kuba, die Unterstützung der Bolivarianischen Revolution in Venezuela und der ALBA sowie des Projekts der kontinentalen Integration.

Die enorme kontinentale Welle der Solidarität mit der Bolivarianischen Revolution nach dem Tod des Präsidenten Comandante Hugo Chávez, speziell die Front gegen die faschistische Bedrohung der Banden von Capriles Radonski, ist ein weiteres Beispiel der Fähigkeit der vielseitigen Palette der linken Bewegungen, ihre Differenzen hinter sich zu lassen, um sich für eine gemeinsame Sache zusammenzuschließen. Ohne die Existenz solcher Prozesse wäre es unmöglich, eine fähige Bewegung wie in den vergangenen Monaten zu mobilisieren, um den kubanischen Söldner der CIA, Yoani Sánchez, zu entlarven. Von Hauptstadt zu Hauptstadt wurde Sánchez von großen Gruppen der Aktivist\*innen „empfangen“, denen es in einigen Fällen sogar gelang, sein Auftreten zu verhindern.

Ein anderes hervorragendes Beispiel ist die Existenz des Netzes der Intellektuellen zur Verteidigung der Menschheit, das aus Tausenden Intellektuellen der ganzen Welt besteht und ein sehr breites ideologisches Spektrum aufweist. Dieses Netz organisierte Kampagnen zur Verteidigung Kubas, Venezuelas und

weiterer ALBA-Länder sowie gegen die Staatsstriche in Honduras, Ecuador oder Paraguay. Ohne die Differenzen zu negieren, die unter den verschiedenen politischen Bewegungen bestehen, ist es notwendig hervorzuheben, dass das Verständnis, die Probleme und Herausforderungen gemeinsam anzugehen, bei jedem mal größer wird.

Nazemroaya warnt vor der einfachen Verallgemeinerung und macht sofort grobe Verallgemeinerungen wie folgt:

„Die käuflichen Eliten in Lateinamerika sind die lokalen Vertreter der ausländischen Gesellschaften, der Regierungen und fremden Interessen, die Lateinamerika über Jahrhunderte hinweg ausbeuteten. Diese käuflichen Eliten können mit aller Offenheit als hochrassistische Klasse beschrieben werden, die historisch gesehen Lateinamerika regierte und die Naturreichtümer und Rohstoffe zum Nutzen gewisser Machtzentren in andere Teile der Welt, welche die Region kontrollierten, lenkte. Heutzutage haben sich die käuflichen Eliten mehrheitlich mit den USA verbunden und bevorzugt Miami oder New York statt Caracas oder Quito.“

Wenn „die käuflichen Eliten der Region sich mehrheitlich mit den USA verbunden haben und Miami oder New York statt Caracas oder Quito“ bevorzugen, dann muss man fragen, wie sehen dann die Antriebskräfte eines regionalen Integrationsprozesses aus, der nicht der USA, der Europäischen Union und der NATO zuliebe zustande gekommen ist? Sind die käuflichen Eliten die Antriebskräfte dieses Prozesses, wie Nazemroaya suggeriert?

Das ist die Art der einfachen und groben Verallgemeinerungen, die es unmöglich macht, die Zusammenhänge und Charakteristiken der einzelnen Länder der Region zu begreifen. Es sind diese Zusammenhänge und Charakteristiken, die erklären, warum es solche Eigenarten der Linken gibt, die eine erstaunliche Fähigkeit beweisen, zu kooperieren und viele wichtige Themen zum Konsens zu führen. Außerdem macht es diese Art der Verallgemeinerung unmöglich, die Vielschichtigkeit der internationalen Beziehungen zwischen den Ländern der Region zu verstehen. Klare Beispiele sind die Beziehungen zwischen Kolumbien und Venezuela sowie der Friedensprozess, der zwischen den FARC-EP und Präsident Santos stattfindet.

Die 33 Nationen, die Lateinamerika und die Karibik umfassen, haben sich in einer gemeinsamen Situation der Abhängigkeit von den imperialistischen Mächten getroffen. Sie weisen aber auch viele Unterschiede auf. Länder, wie Chile, Argentinien oder Uruguay, haben einen sehr starken kulturellen europäischen Einfluss, während Länder, wie Guatemala oder Bolivien, große Indigenenmehrheiten haben. Einige Oligarchien der Region sind reicher als andere. Andere erlangten ihrerseits mehr Freiheit, um Maßnahmen der Einstellung von Importen einzuführen.

Einige Länder, wie Honduras oder Paraguay, befinden sich in einem Stadium der extremen Unterentwicklung als Folge der erbarmungslosen Ausbeutung durch diktatorische Unterdrückungsregimes. Umgekehrt haben Länder, wie Ecuador oder Uruguay, relativ lange erfolgreiche Reformen genossen. Lateinamerika ist eine sehr ungleiche Region. Nicht alle Länder und ihre Gesellschaften leiden unter dem gleichen Niveau der Armut und der Unterentwicklung. Unterschiedliche Formen des Auftretens auf dem Weltmarkt, unterschiedliche politische Kulturen und unterschiedliche soziale Realitäten erklären die Unterschiede zwischen den politischen Subjekten.

Nazemroaya schreibt, dass „die käuflichen Eliten in Lateinamerika die lokalen Vertreter der ausländischen Gesellschaften und der Regierungen und fremden Interessen sind, die Lateinamerika über Jahrhunderte hinweg ausbeuteten.“ Diese Eliten sind so und nicht anders. Wenn es stimmt, dass sie die Vermittler zwischen den Interessen der westlichen Transnationalen und den lokalen Märkten sind, dann muss man auch zur Kenntnis nehmen, dass sie in vielen Fällen Akteure mit einem spezifischen Eigengewicht sind. Ein einleuchtendes Beispiel dafür ist der Mexikaner Carlos Slim, der reichste Mann der Welt. Weitere Beispiele sind die Schicht der kolumbianischen Kapitalisten, vertreten durch Präsident Santos, oder auch die Schicht der brasilianischen Oligarchie.

Diese Beispiele beziehen sich offensichtlich auf Gruppen, die den Sozialismus und die Mehrheit der fortschrittlichen Regierungen, die ihn anstreben, fürchten. Sie haben aber auch viel Angst vor der Möglichkeit einer sozialpolitischen Katastrophe, die ihre Existenz zunichte machen könnte. In vielen Fällen, auch wenn es unbequem ist, haben sie die progressiven und radikalen Veränderungen in Kauf genommen, auch wenn ihre Medien ihr ganzes Gift gegen die Regierungen, die diese Veränderungen durchführen, versprühen.

Aufgrund des Fehlens eines besseren Rahmens der politischen Referenz, leiht sich Nazemroaya die vom angesehenen nordamerikanischen Soziologen James Petras beschriebene Anschauungsweise der Linken in Lateinamerika und der Karibik aus. Diese ist aber eine der schwächsten Beschreibungen von Petras. Mit diesem Schema fällt Petras in die typische Versuchung der westlichen Intellektuellen, kleine Sternchen der revolutionären Zustimmung für die Bewegungen zu verteilen, die ihm in einem bestimmten Moment gefallen, ohne die konkreten Umstände ihrer jeweiligen Kämpfe zu bedenken.

James Petras versteht nicht viel von den sozialen Veränderungen in der realen Welt und von den bestehenden Grenzen der politischen Macht, entwirft aber seine romantischen revolutionären Ideale von den verschiedenen Bewegungen und Subjekten. Wenn sich diese Bewegungen im realen Leben nicht mit den Wünschen von Petras decken, dann gibt er sie auf oder warnt herablassend, dass sie sich verkaufen ließen. Es scheint, dass er den Wert des nationalen

Aufbaus eines sozialistischen Projektes nicht versteht. So lehnt er zum Beispiel Bewegungen wie den Peronismus in Argentinien ab und umgeht die ständige Unterstützung, die er unter den Arbeitermassen genießt.

Entgegen der Realität ist die schematische Teilung zwischen „radikalen Linken“, „pragmatischen Linken“, „neoliberalen Pragmatikern“ und „neoliberalen dogmatischen Regimes“, die Petras vornimmt, sehr verwirrend. Wenn die FARC-EP in der selben Situation gewesen wären wie die Sozialistische Vereinigte Partei Venezuela, dann wäre sie bestimmt in der selben Linie tätig geworden. De facto unterstützen die FARC-EP die Bolivarianische Revolution in Venezuela und teilen ihre Quelle der Inspiration, die vom Vermächtnis Simón Bolívars ausgeht.

In Brasilien unterstützt die Arbeiterbewegung „Ohne Land“ (MST) die Partei der Arbeiter (PT), wenn auch auf kritische Art und Weise. Während sie zurecht die Entwicklungsstrategie der Partei von Lula und Dilma Rousseff, die auf Agrar-Unternehmen orientiert, kritisiert, versteht die MST die Hindernisse, welche die Maßnahmen der Regierung der PT einschränken, weil sie abhängig von Bündnissen mit anderen politischen Kräften in einem Land mit immenser territorialer Ausdehnung ist und wo die Oligarchie viel Macht auf verschiedenen Ebenen konservierte. Außerdem versteht die MST sehr gut, was die Rückkehr der neoliberalen Rechten an die politische Macht bedeuten würde.

Hinsichtlich Argentinien – es ist eine grobe Beleidigung, Cristina Fernández eine „neoliberale Pragmatikerin“ zu nennen – wäre es ein unverantwortbarer Fehler, die Solidarität mit einer progressiven Regierung zu verweigern, die jeden Tag das Ziel der extremsten Destabilisierungskampagnen der Oligarchie ist. Kein neoliberales Regime erhöht den Mindestlohn und die Renten, verbessert die öffentliche Bildung oder bietet der Armut die Stirn. Man hat auch noch keine neoliberale Regierung gesehen, die dem Internationalen Währungsfonds (IWF) „Adios“ sagte, so, wie es Argentinien unter Führung der „neoliberalen Pragmatiker“ Néstor Kirchner und Cristina Fernández tat.

Das selbe könnte man von der Regierung von Mauricio Funes in El Salvador sagen, wo die FMLN auf gutem Wege zu sein scheint, die Wahlen im Februar 2014 mit ihrem eigenen Kandidaten zu gewinnen. Unfähig, die Prozesse und Krätesammlungen treffend zu ergründen, sehen die dogmatischen Akademiker wie Petras oder Nazemroaya nur Verrat, Vaterlandsverkäufer, Neoliberale und Kapitalisten aller Facetten. Das Wesen der Analyse der Autoren wie James Petras verkehrt sich in pure Böswilligkeit im Falle einiger Länder, die niemals oder selten erwähnt werden, wie Nicaragua, wo die Kooperative 40 Prozent des Bruttoinlandprodukts herstellen und 70 Prozent der Arbeitskraft ausmachen.

Mitte 2008 gab es in Nicaragua einen Zwischenfall. Eine Gruppe westlicher Intellektueller, unter ihnen Noam Chomsky, schrieb einen offenen Brief zur Unterstützung des Hungerstreiks der Exfunktionärin der FSLN, Dora Maria Tellez. Frau Tellez protestierte gegen die Aberkennung der juristischen Person ihrer Partei Sandinistische Erneuerungsbewegung (MRS) seitens des Obersten Wahlrates, weil sie die Wahlnormen nicht erfüllt hatte. Aufgrund dieser Entscheidung konnte das politische Bündnis der MRS nicht an den Munizipalwahlen im November des selben Jahres teilnehmen.

Unmittelbar nachdem Chomsky und die anderen Intellektuellen ihren Unterstützerbrief für Tellez veröffentlichten, begab sich die MRS in das Wahlbündnis mit der korrupten Partei der Rechten, der Konstitutionellen Liberalen Partei (PLC) von Arnoldo Alemán. Sorgfältig organisierten sie eine Kampagne zugunsten des reaktionären Bankiers Eduardo Montealegre, der heute der Unabhängigen Liberalen Partei (PLI) angehört und der weiterhin des multimillionären Bankbetrugs angeklagt ist, den er zu seinen Zeiten als Minister im Kabinett von Dr. Arnoldo Alemán beging. Die MRS schaffte es, die westlichen Intellektuellen, die Dora Maria Tellez 2008 unterstützten, für sich zu gewinnen, weil diese die politische Wirklichkeit Nicaraguas nicht kannten. Wenn jemand an der Loyalität der MRS zur Regierung der USA zweifelt, dann muss er nur die diplomatischen Telegramme lesen, die Wikileaks kürzlich herausfilterte.

Dies illustriert die Probleme, die abhängig von den ziemlich eindeutigen Schemas der geschäftsführenden intellektuellen Klasse, welche die intellektuelle Produktion in Nordamerika und Europa dominiert, provoziert worden sind. Nazemroaya zitiert James Petras als seinen theoretischen Bezugsort in seinem kürzlich erschienenen Artikel über Lateinamerika. Man muss schon extrem skeptisch gegenüber seinen Argumenten sein, um die Realität zu sehen. Bei den typischen Mängeln von James Petras und seinen Kollegen ist es verständlich, dass eine der offenkundigsten Fehleinschätzungen auf Nicaragua zutrifft. In einer seiner seltenen Botschaften an die aktuelle Politik des Vaterlands von Sandino über die Wahlen von 2011, die von der Frente Sandinista überlegen gewonnen wurden, sagt Petras:

„Es gibt keinen Strukturwandel in Nicaragua. Letztens vereinbarte Ortega die Freihandelszonen mit den Maquiladoras des großen Kapitals. Er setzt die Formierung von Allianzen mit den Rechten wie mit dem korrupten Arnoldo Alemán fort, der sich als Kandidat präsentierte. In diesem Sinne ist Ortega ein Vertreter der Politik der Notpflaster: Ein Pflaster hier, ein Pflaster da. Aber vor der Opposition der Ultrarechten bevorzugen die Wähler die von Präsident Chávez finanzierten Programme anstelle dessen, was die Rechte bietet, nämlich Zuckerbrot ohne Peitsche. Wir müssen nicht vertiefen, dass der Sieg von Ortega einen großen Sieg für die Linke darstellt. Es ist ein Sieg mehr gegen nichts der Mitte-Rechten mit Hilfe von Chávez.“

(Als Maquiladoras werden Montagebetriebe im Norden Mexikos und in Mittelamerika bezeichnet, die importierte Einzelteile oder Halbfertigware zu Dreiviertel- oder Fertigware für den Export zusammensetzen. Sie sind das Ziel zahlreicher Immigranten und ein stark wachsender Wirtschaftszweig in Niedriglohn-Gebieten.)

Die politische Wirklichkeit in Nicaragua wird zutiefst ignoriert. Es gab zum Beispiel nie eine „Allianz“ zwischen der FSLN und Alemán, sondern einen Pakt, der einige Jahre vor diesen Wahlen aufgehoben wurde, mit dem Ergebnis, die Rechte zu spalten und größere Chancen zu erlangen, die Wahlen in der ersten Runde zu gewinnen. Die Analyse von Petras lässt die sehr wichtigen Aspekte der sozialen und ökonomischen Politik der Frente Sandinista, die breit dokumentiert sind, beiseite. Außerdem ignoriert Petras, dass die Frente Sandinista die Beziehungen zu Israel aufgrund der scheußlichen zionistischen Attacke auf die „Flotte der Freiheit“ einstellte oder dass sie den jungen Mexikanern Asyl gewährte, die in einem Lager der FARC festgenommen wurden, das Kolumbien auf ecuadorianischem Territorium im März 2008 bombardierte. Wenn das keine linke Politik ist, dann fragt man sich, was links ist bei Dr. James Petras.

Theoretiker wie Petras sehen, dass die Regierung Nicaraguas ein Programm des IWF in Anspruch nimmt, sehen aber nicht, dass sich der Druck des IWF auf dieses Land verringert. Sie sehen, dass die Regierung von den Agrarexporten abhängig ist, aber sie sehen nicht, wie gefächert die Wirtschaft des Landes ist und das es dabei ist, weniger abhängig von den Exporten zu werden. Sie sehen Kapitalisten und rufen „Neoliberalismus! Extravaganz!“ ohne eine machbare Alternative folgen zu lassen, die es dem Land erlauben könnte, seine Produktivkräfte zu entwickeln. Und wenn sie eine Regierung sehen, die diese Alternativen einführt, dann rufen sie, „das reicht nicht aus“.

Auf die Revolutionen trifft ein altes lateinamerikanisches Sprichwort zu: „Es ist einfach, sie von weitem zu sehen, aber schwer, ihr nahe zu kommen, um mit ihr zu plaudern.“

Eine solch oberflächliche und den Vorgängen in Lateinamerika gegenüber wenig respektvolle Abhandlung, wie sie die Theoretiker wie Petras vornehmen, weist zwei Arten von Problemen auf: Erstens ist es viel schwerer die praktische Solidarität zu gestalten, speziell heute, da Washington seine faschistische Kampagne auf kontinentaler Skala gegen Lateinamerika erhöht. Und zweitens muss man die lateinamerikanische Erfahrung der neuen Projekte ehrlich betrachten. Sie sind weit entfernt vom Kapitalismus und können in vielen anderen Teilen der Welt ebenfalls aufgehen.

---

Nueva Nicaragua e.V.

Jürgen Mirtschink, Tel. 030-2961586, Gürtelstraße 33a, 10247 Berlin;  
Wolfgang Herrmann, Tel. 039857-139003, Dreesch 18, 17291 Grünow,  
Email: [ing-herrmann@online.de](mailto:ing-herrmann@online.de)